

Positionspapier: «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»

Stand: Sommer 2022

Initiative: Die vom Verein Sentience Politics initiierte Massentierhaltungsinitiative wird von den Organisationen Vier Pfoten, Greenpeace, Fondation Franz Weber mitgetragen (plus Allianz von mehr als 20 Organisationen und Parteien).

Zweck: Die Initiative will Massentierhaltungen in der Schweiz verunmöglichen und die Tierhaltung in kleine und mittlere Einheiten zurückführen. Sie stellt dieselben Anforderungen auch an Importprodukte.

Für die Umsetzung der Initiative sind Übergangsfristen von maximal 25 Jahren vorgesehen.

Heutige Höchstbestände gemäss Höchstbestandesverordnung (HBV):

Schweinehaltung: Zuchtsauen 500, Mastschweine 1'500

Nutzgeflügel: Legehennen 18'000, Mastpoulets 18'000 bis 27'000

Rindergattung: Mastkälber 300

Zu erwartende Auswirkungen in der Nutztierhaltung durch die Initiative:

Als Orientierungshilfe gilt der Bio Suisse Standard:

Geflügel: Starke Reduktion auf max. 2000 pro Stall, Mehr Platz pro Tier, Freiland obligatorisch

Milchkühe: Anbindehaltung von Milchkühen nur in Kombination mit RAUS-Programm erlaubt (Weidehaltung)

Schweine: Komplette Abschaffung der Kastenstände, freie Bewegungsmöglichkeiten (Auslauf), Einstreu, Beschäftigung.

Direkter Gegenentwurf des Bundesrates zur Massentierhaltungsinitiative:

Der Bundesrat beabsichtigte mit der folgenden Verfassungsbestimmung das Tierwohl konkret zu verbessern (Art. 80 Abs. 1 und 2bis):

1Der Bund erlässt Vorschriften über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere.

2bis Bei Nutztieren muss das Wohlergehen insbesondere sichergestellt werden durch:

- a. tierfreundliche Unterbringung;
- b. regelmässigen Auslauf;
- c. schonende Schlachtung

➔ **Der direkte Gegenentwurf wurde vom Parlament verworfen.**

Indirekter Gegenentwurf zur Massentierhaltungsinitiative:

Der als Rückweisungsantrag an die Kommission formulierte Vorstoss beinhaltete den Auftrag eine parlamentarische Initiative für einen indirekten Gegenentwurf zu beschliessen (Minderheit Baumann). Der Vorstoss, der als pragmatischer Kompromissvorschlag vor dem Volk gute Chancen gehabt hätte, wurde vom STS zusammen mit NR Baumann lanciert.

➔ **Der Nationalrat lehnte mit 106 zu 81 Stimmen den Rückweisungsantrag ab.**

Position STS zur «Massentierhaltungsinitiative»:

Handlungsbedarf vorhanden – Tierwohlförderung dringend anpacken

Der Schweizer Tierschutz STS verfolgt das Ziel von bäuerlich geprägten, eher kleineren Tierhaltungen seit vielen Jahren. In der Schweiz sind heute zwar Tier-Höchstbestandesgrenzen vorhanden, die die Entwicklung zur Massentierhaltung bremsen. Doch gleichzeitig herrscht ein Trend in Richtung einer einseitig auf Leistung und Effizienz getrimmte Tierhaltung vor, der bei einigen Tierkategorien zu massiven tierschützerischen Problemen führt. Für die Bauern, die Tiere und den Tierschutz ist das eine ungute Entwicklung.

Sogar der Bundesrat musste in seinem direkten Gegenentwurf den langjährigen Forderungen des STS recht geben: Verfassung und Tierschutz- bzw. Agrargesetzgebung schützen Nutztiere ungenügend. Beispielsweise sind heute die einstreulose Rinder- und Schweinemast ohne Auslauf oder die praktisch dauernde Anbindehaltung für Kühe legal. Der STS wollte seinerseits mit einem pragmatischen Kompromissvorschlag das Tierwohl konkret stärken und auf der Basis der gut etablierten Tierwohlprogramme weiterentwickeln. Beide Vorhaben wurden vom Parlament abgelehnt.

Aus diesem Grund unterstützt der STS nun die Ziele der Initiative, wird sich aber selbst an der Abstimmungskampagne nicht beteiligen, sondern eigene Aktivitäten gegen die Massentierhaltung und für mehr Tierwohl finanzieren. Diese richten sich in erster Linie auf den Markt und den Konsum: Mit der Kampagne «Absatzoffensive» soll der Absatz von tierfreundlichen Produkten gefördert und mit der Kampagne «Weniger Fleisch – dafür aus tiergerechter Haltung» die Konsumentinnen und Konsumenten für mehr Tierwohl sensibilisiert werden.

Gleichzeitig fordert der STS vom Bund dringend Konzepte für die Tierwohlförderung, falls die Initiative abgelehnt würde. Im Rahmen der Revision der Tierschutzverordnung und der Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP22+) sind konkrete Schritte einzuleiten: Nutztiere sollen sich frei bewegen (Anbindehaltung nur in Kombination mit Weiden) und eingestreut gehalten werden. Sie sollen, wenn immer möglich, Zugang zu Auslauf bzw. Weide haben. Die schonende Schlachtung und möglichst kurze Transportwege sollen konsequent kontrolliert werden. Ausserdem sollen die Vorschriften für Importprodukte dem Schweizer Standard entsprechen.

Fazit: Das Wohl und die Gesundheit der Nutztiere können bei den heutigen Entwicklungen immer weniger gewährleistet werden. Mit den obigen Forderungen will der STS eigentliche Tierfabriken verunmöglichen und die bäuerlich geprägte Tierhaltung fördern. Die Tiere sollen ihre Leistung mit Weidegang und standortangepasster Futterqualität erbringen und dabei gesund bleiben.